

Zeitschrift: Film und Radio mit Fernsehen
Herausgeber: Schweizerischer protestantischer Film- und Radioverband
Band: 17 (1965)
Heft: 1

Artikel: Abwehrmassnahmen der Presse in Europa und in Japan
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-963654>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

FH. Während sich bei uns die Presse mit dem Fernsehen irgendwie abgefunden hat, ist dies in benachbarten Ländern nicht überall der Fall. Besonders dort, wo ein zweites, drittes oder gar viertes Fernsehprogramm geplant oder sogar schon in Ausführung begriffen ist, sucht sie sich zur Wehr zu setzen. Nicht mit Angriffen, das ist heute als nutzlos erkannt. Das Fernsehen ist da und wird sich nicht nur behaupten, sondern stark ausdehnen. Farbfernsehen und vermehrte Programme, ein Fernsehapparat in jeder Familie sind nur noch eine Frage der Zeit. Die Gegenmassnahmen sollen konstruktiv sein, die grossen Presseverlage wollen irgendwie in das Fernsehen eingeschaltet werden. Anders allerdings in Japan, wo die Zeitungen zu einer anders gearteten Selbsthilfe gegriffen haben, von der weiter unten die Rede sein wird.

In Westdeutschland läuft gegenwärtig eine Aktion des Zeitungsverlegerverbandes in Gestalt eines "Vorschlages zur Uebernahme der Programmherstellung des 2. deutschen Fernsehens durch eine Gesellschaft deutscher Zeitungsverleger". Wir geben nachfolgend die wichtigsten Ausschnitte daraus bekannt, nur unwesentlich gekürzt:

"Die Tagespresse hat eine öffentliche Aufgabe zu erfüllen, die ein Teil des Dienstes an der freiheitlich-demokratischen Grundordnung ist. Diese öffentliche Aufgabe findet ihre Begründung darin, dass das Grundrecht der freien Meinungsäusserung für die freiheitliche Demokratie schlechthin konstituierend ist. Zur Erfüllung ihrer Aufgabe, insbesondere der schnellen und umfassenden Versorgung der Öffentlichkeit mit Informationen als Voraussetzung für die Meinungsbildung und zur Sicherung ihrer Vielfalt und Unabhängigkeit, braucht die Tagespresse die Nutzung aller Kommunikationsmittel und aller technischen Neuerungen.

Die öffentliche Aufgabe der Tagespresse ist in doppelter Weise gefährdet; einmal durch die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, die durch ihre Organisation und Staatsnähe ein Meinungsmonopol entwickeln, die freie Publizistik institutionalisieren und verbeamten. Die zweite Gefahr liegt darin, dass der Staat mit Gründen, die zumindestens heute nicht mehr stichhaltig sind, den Zeitungen den Zugang zu den neuen und zeitgemässen Kommunikationsmitteln verwehrt und Medien aufbaut, die staatspolitisch, publizistisch und wirtschaftlich nicht dem Grundgedanken einer freiheitlichen, personal verantworteten Demokratie entsprechen.

Die Rotationsmaschine, der Telegraph, das Telephon, das gefunktete Bild, haben durch die stürmische technische Entwicklung ihren Vorrang verloren. Die modernen Kommunikationsmittel Rundfunk und Fernsehen haben den Tageszeitungen die primäre Aktualität der grossen Nachricht genommen. Sie verfügen darüber hinaus wegen ihrer besonderen Darbietungsform über vielschichtige, psychologische Einwirkungsmöglichkeiten, die der Zeitungspressen mit den ihr zur Zeit verfügbaren Mitteln nicht zugänglich sind, die ihr aber wegen ihrer Verantwortung als Faktor der öffentlichen Meinungsbildung zugänglich sein müssen.

Aus diesen Beschränkungen der Presse ergeben sich unmittelbare Gefahren für das demokratische Kräftespiel zwischen den drei Staatsgewalten und der Öffentlichkeit.

Die Tagespresse fordert deshalb, dass sie nicht länger gehindert wird, ihren Verfassungsauftrag in jeder zeitgemässen Form zu erfüllen. Sie will ihre Pressefreiheit zum Nutzen unseres Staatslebens auch tatsächlich ausschöpfen können. Sie weist auf andere demokratische Staaten, die dieses Problem bereits gelöst haben.

Die Forderungen der Tagespresse werden auf lange Sicht nur durch eine Strukturänderung des Rundfunks- und Fernsehens erfüllt werden können. Die deutschen Zeitungsverleger meinen aber, dass unter den gegenwärtigen Verhältnissen bereits Massnahmen notwendig und möglich sind, diesem Ziel näher zu kommen."

Praktisch schlagen die Zeitungsverleger vor, die gesamte Programmherstellung des zweiten, deutschen Fernsehens zu übernehmen, einschliesslich von Reklamesendungen. Dazu soll eine "Presse-Fernsehen AG" organisiert werden, welche die gesamte Verantwortung zu tragen hätte. Dafür soll das zweite Fernsehen keinen Anteil an den Radiogebühren mehr erhalten, ca. 120 Millionen Mark, der damit voll den übrigen Programmen zufließen würde. Die neue Organisation würde das Programm durch Reklamesendungen finanzieren. Voraussetzung wäre allerdings, dass alle andern Fernsehstationen ihrerseits alle Werbesendungen unterliessen, was ihnen nicht schwer fallen sollte, nachdem sie den ganzen Gebührenertrag allein erhalten würden.

Im übrigen würde die neue Gesellschaft darnach trachten, in ihren Sendungen allen Fernsehteilnehmern einen objektiven Ueberblick über das Weltgeschehen, insbesondere auf politischem, kulturellem und sportlichem Gebiet zu vermitteln. Die Sendungen wollen eine unabhängige Meinungsbildung ermöglichen, und die Fernsehteilnehmer anregen, das Gesehene und Gehörte durch die Lektüre von Zeitungen zu vertiefen.

Es war zu erwarten, dass die übrigen Fernsehorganisationen dem Vorstoss keinen grossen Geschmack abgewinnen würden, trotzdem sie sich finanziell eher besser stellen würden. Wie "Kirche und Fernsehen" berichtet, veröffentlichten sie ein Kommuniqué, worin zu lesen ist: "Die Vorsitzenden aller deutschen Rundfunkanstalten sind sich darin einig, dass Presse und Rundfunk sich gegenseitig ergänzen und publizistisch kontrollieren müssen. Deshalb muss die Konzentration der grossen, meinungsbildenden Massenmedien in einer Hand verhindert

werden. Die Gründung einer AG zur Herstellung des Programms des zweiten deutschen Fernsehens auf ausschliesslich privatwirtschaftlicher Grundlage widerspräche der bewährten Ordnung des Rundfunks. Hörfunk und Fernsehen müssen als eigenständige publizistische Medien weiterhin unabhängig vom Staat und von kommerziellen Interessen auf Grund ihrer öffentlich-rechtlichen Verfassung in der Lage sein, als gemeinnützige Einrichtungen ihre Programme zu gestalten". Auch das Fernsehen selber hat erklärt, dass es an der bisherigen Ordnung festhalten wolle, die es allein in Stand setze, allen gesellschaftlichen Kräften zu dienen.

Auch die Evangelische Kirche in Deutschland sah sich zu einer ablehnenden Stellungnahme veranlasst. Der Fernsehbeauftragte Kirchenrat Geisendorfer gab eine Erklärung heraus, in der es heisst: "Der Fernsehbeauftragte sieht sich auf diesen Vorschlag hin veranlasst, an die grundsätzlichen Bedenken gegen eine Kommerzialisierung des Fernsehens zu erinnern. Ein Fernsehprogramm, das ausschliesslich durch Werbeeinnahmen finanziert wird, steht immer in Gefahr, einem unkritischen Massenkonsum Vorschub zu leisten. . . Die Unabhängigkeit des Fernsehens sollte auf keinen Fall aufgegeben werden. . . Die Zeitungsverleger erfüllen eine verfassungsmässig garantierte, öffentliche Aufgabe. Sie sind eine Gruppe unserer pluralistischen Gesellschaft, sie stellen aber nicht die pluralistische Gesellschaft dar. Vor dem Vorschlag der Zeitungsverleger, die gesamte Programmherstellung des zweiten Fernsehens zu übernehmen, muss deshalb gewarnt werden, weil der geforderte Zugang einer meinungsbildenden Gruppe zu allen Massenmedien auf die Dauer zur Vorherrschaft einer meinungsbildenden Macht, in diesem Fall der Zeitungsverleger, führen würde. Durch ein solches Vorgehen würde eine freie, öffentliche Meinungsbildung, die im Interesse des Gemeinwohles liegt, wesentlich beeinträchtigt werden." Auch der deutsche Gewerkschaftsbund verhielt sich ablehnend, weil nur die jetzige Organisationsform die Gefahr eines Missbrauchs des Fernsehens ausschliesse.

Es scheint unwahrscheinlich, dass dieser Plan von Zeitungsverlegern gelingen wird. Interessant aber ist, dass in Japan von ihnen ein ganz neuer Weg beschritten worden ist, um ihre Stellung gegenüber Radio und Fernsehen zu verbessern, welches dort bekanntlich eine viel grössere Verbreitung besitzt als bei uns. Einer der grössten Verleger ist daran gegangen, versuchsweise eine "phototelegraphische Zeitung" zu schaffen. Diese Zeitung wird nicht mehr auf Rotationsmaschinen gedruckt, sondern stellt einen photographischen Abzug dar, der von Neben-Stationen herausgegeben wird. Das Original wird gesetzt wie gewöhnlich und in gleicher Weise aufgemacht, aber dann werden die fertigen Seiten in elektronische Signale umgewandelt und an Nebenstationen weitergeleitet. In diesen kann, zur gleichen Zeit, wie ein Abzug hergestellt wird, das Neueste auch noch durch einen eingebauten Radioempfänger abgehört werden.

Die Vorteile dieser Art der Zeitungsherstellung sollen nach Angabe von japanischer Seite enorm sein. Alles, was bisher nach dem Setzen eines Blattes kam, wird dadurch berührt. Die Rotationspressen fallen weg, ebenso auch alle Lieferwagen und das ganze Transportsystem. Der Redaktionsraum nimmt allerdings das Aussehen einer Radio-Sende-Station an. Aber die Leser, die an den kleinen Neben-Stationen die neuesten Nachrichten erhalten und ausserdem hören können, bekommen das Blatt viel schneller als früher. Die Zeitung wird auch hinsichtlich Schnelligkeit ein ernsthafter Konkurrent von Radio und Fernsehen. Das ganze Bild der Zeitung, nicht nur die Nachrichten, kann selbstverständlich durch einen entsprechenden Uebermittler augenblicklich bis ins kleinste Dorf übertragen werden.

Vorläufig steckt die Sache noch im Stadium des Ausprobierens. Das Original wird in den Redaktionsräumen in Tokio hergestellt und elektronisch in das Herz der Stadt weitergeleitet. Die Abzüge werden in einer Empfangsstation, die in einem Warenhaus eingerichtet wurde, ausgegeben. Gegenwärtig dürfte das System noch nicht allgemein praktisch verwendbar sein, besitzt jedoch grosse Entwicklungsmöglichkeiten. Vor allem sollte der Empfänger etwas kleiner und billiger hergestellt werden können, damit die Sache so allgemein eingeführt wird wie das Telephon. Endziel der Versuche ist offenbar, in jedem Haushalt einen solchen Empfänger einzuführen, der billiger zu stehen käme als ein Fernseher.

Bei uns, wo das Fernsehen noch nicht eine derartige Entwicklung wie in Japan genommen hat, dürfte es noch zu früh für solche Versuche sein. Aber es scheint wahrscheinlich, dass eine spätere Generation nicht mehr Zeitungen aus der umständlichen Rotationspresse liest, sondern dass sie elektronisch ins Haus geliefert werden. Der Ausgang der japanischen Experimente ist jedenfalls zu beachten.